

V5 Solidarität ohne Grenzen – Für Frieden und Menschenrechte in Westasien

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.02.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Unsere Grundhaltung

2 Als GRÜNE JUGEND Hamburg stehen wir für eine internationale, queerfeministische
3 und materialistische Politik, die Unterdrückung in all ihren Formen bekämpft.
4 Unser Verständnis von Solidarität ist intersektional: Patriarchat, Kapitalismus,
5 Kolonialismus und Rassismus stützen und verstärken sich gegenseitig. Unsere
6 Solidarität ist niemals selektiv, sondern unteilbar auf der Seite der
7 Leidtragenden.

8 Vorab: Der Begriff „Naher Osten“ ist eurozentristisch: Er beschreibt eine
9 geografische Region aus der Perspektive Westeuropas und reproduziert damit eine
10 koloniale Weltsicht, die andere Regionen als peripher und relativ zur eigenen
11 Mitte definiert. Als GRÜNE JUGEND Hamburg lehnen wir diesen Begriff ab und
12 sprechen stattdessen von „Westasien“ oder benennen konkret die betroffenen Orte
13 und Gebiete: Gaza, Westjordanland, Israel, Palästina.

14 Wir sind uns bewusst, dass „Nahost“ in deutschen Medien, politischen Debatten
15 und im allgemeinen Sprachgebrauch nach wie vor dominant ist. Wir nutzen ihn
16 daher gelegentlich, wenn wir uns auf mediale oder politische Diskurse beziehen,
17 in denen er verwendet wird. Dabei ist uns bewusst, dass er keine neutrale
18 Bezeichnung ist. Dieser Beschluss verwendet durchgehend „Westasien“ oder
19 konkrete geografische Bezeichnungen.

20 Der 7. Oktober und seine Folgen

21 Der Konflikt zwischen Palästina und Israel ist das Ergebnis einer
22 jahrhundertelangen, traumatischen Geschichte, die muslimische, jüdische und
23 christliche, palästinensische und israelische Menschen durch Gewalt, Vertreibung
24 und tiefgreifendes Leid geprägt hat. Vielen Menschen in Deutschland erscheint
25 der Konflikt erst seit dem 7. Oktober 2023 greifbar. Das blendet die Realität
26 und Komplexität dieser Auseinandersetzung jedoch aus und erfasst das
27 vielschichtige Leid auf allen Seiten nicht angemessen.

28 Fünf unverhandelbare Grundsätze

29 Alle unsere Analysen und Positionierungen der GRÜNEN JUGEND Hamburg zum
30 israelisch-palästinensischen Konflikt fußen auf fünf unverhandelbaren, nicht-
31 hierarchisierten Grundsätzen:

- 32 • Wir stehen konsequent an der Seite der Zivilbevölkerung in Israel und in
33 Palästina.
- 34 • Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Völkerrecht. Aus dem Völkerrecht
35 ergeben sich für alle Völker Rechte und Verpflichtungen, wie
36 beispielsweise die Achtung der Regeln des humanitären Völkerrechts.
- 37 • Das völkerrechtlich gesicherte Selbstbestimmungsrecht des israelischen
38 Volkes und ihr völkerrechtlich verbrieftes Selbstverteidigungsrecht sind
39 unverhandelbar
- 40 • Wir stehen zum palästinensischen Selbstbestimmungsrecht.
- 41 • Wir stellen uns jedem Antisemitismus sowie antimuslimischem und
42 antipalästinensischem Rassismus entschieden entgegen – in der GRÜNEN
43 JUGEND, in Deutschland und weltweit.

44 Der Terror der Hamas

45 Am 7. Oktober 2023 verübte die radikal-islamistische Terrororganisation Hamas
46 einen großangelegten Terroranschlag auf Israel mit antisemitischer
47 Vernichtungsabsicht: Tausende Raketen wurden abgefeuert, mehr als 1.200 Menschen
48 ermordet, über 200 entführt und gegen israelische FLINTA*-Personen wurde
49 massivste sexualisierte Gewalt eingesetzt. Ziel waren ausschließlich
50 Zivilist*innen. Dieses Massaker stellt das schwerste Verbrechen an
51 Jüdinnen*Juden seit der Shoah dar. Wir verurteilen diesen terroristischen Akt
52 entschieden, ohne Einschränkung und ohne Relativierung.

53 Die Hamas ist eine radikal-islamistische Terrororganisation, deren Gewalt und
54 Brutalität jeglichen Grundsätzen von Menschlichkeit und Völkerrecht
55 widersprechen. Der sogenannte „Kampf“ der Hamas ist kein Kampf um Befreiung,
56 sondern ein anhaltender Akt des Terrors gegen unschuldige Menschen. Er verdient
57 keinerlei Legitimation als „Befreiungskampf“ und muss als das benannt werden,
58 was er ist: systematische Gewalt gegen Zivilist*innen. Die Hamas trägt durch den
59 bewussten Einsatz ziviler Infrastruktur – Krankenhäuser, Schulen, Wohnviertel –
60 als militärische Deckung eine direkte Mitverantwortung am Tod palästinensischer
61 Zivilist*innen und verstößt damit selbst gegen das humanitäre Völkerrecht.

62 Jüdinnen*Juden wurde über Jahrhunderte unermessliches Leid zugefügt – von
63 Pogromen bis zur Shoah.

64 Die Shoah, der industriell organisierte Genozid an sechs Millionen europäischen
65 Jüdinnen*Juden, prägt bis heute das kollektive Gedächtnis in Deutschland und
66 weltweit. Das Vermächtnis Deutschlands als Täternation verpflichtet uns erstens
67 zur besonderen Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk und dem Schutz
68 jüdischen Lebens, in Deutschland, in Israel und weltweit. Darüber hinaus
69 verpflichtet es uns zur Wahrung der universellen Menschenrechte. Wir bekennen
70 uns klar zum Existenzrecht Israels und erkennen an, dass Israel das Recht und
71 die Pflicht hat, seine Bevölkerung zu schützen – dieses Recht muss jedoch stets
72 im Einklang mit dem Völkerrecht ausgeübt werden. Gleichzeitig muss anerkannt

73 werden, dass die Gründung des Staates Israel 1948 auch mit der Nakba einherging
74 – der gewaltsamen Vertreibung und Entrechtung von über 700.000
75 Palästinenser*innen. Das Leid dieser Menschen darf nicht gegeneinander
76 aufgerechnet oder relativiert werden.

77 Das Vorgehen der israelischen Regierung

78 Wir verurteilen das Vorgehen der israelischen Regierung im Gazastreifen
79 entschieden. Das Existenzrecht Israels und die scharfe Kritik an seiner
80 Regierung sind dabei keine Widersprüche – wir unterscheiden klar zwischen dem
81 Staat Israel und den politischen Entscheidungen seiner aktuellen Regierung. Als
82 Reaktion auf den Terroranschlag begann die israelische Regierung eine
83 großangelegte Militäroperation im Gazastreifen. Diese entwickelte sich zu einem
84 brutalen Krieg, der weit über legitime Selbstverteidigung hinausgeht. Nach UN-
85 Schätzungen wurden seit Oktober 2023 zehntausende Menschen getötet und
86 hunderttausende verletzt. In Gaza herrscht eine akute Hungersnot, das
87 Gesundheitssystem ist kollabiert, und Millionen Menschen sind schutzlos auf der
88 Flucht. Die Blockade humanitärer Hilfe und das fortgesetzte Bombardement – auch
89 ziviler Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen – verletzen elementare
90 Prinzipien des humanitären Völkerrechts.

91 Auch in Gaza wurde von IDF-Soldaten, Hamas-Kämpfern und anderen bewaffneten
92 Akteuren sexualisierte Gewalt eingesetzt. Als GRÜNE JUGEND Hamburg verurteilen
93 wir jegliche Form der sexualisierten Gewalt. Unter dem Krieg leiden in erster
94 Linie nicht die Reichen und Mächtigen, sondern arme und vulnerable Menschen:
95 FLINTA*, Kinder und queere Personen sind in besonderer Weise betroffen.

96 Das anhaltende militärische Vorgehen im besetzten Gazastreifen und die
97 eskalierende Siedler*innengewalt im Westjordanland und Ostjerusalem sind schwere
98 Verstöße gegen das Völkerrecht. Diese Gewalt ist kein Randphänomen: Bewaffnete
99 Siedler werden systematisch von Armee und Polizei geschützt und begleitet und
100 genießen weitgehende Straffreiheit – sie ist Ausdruck staatlich organisierter
101 Vertreibungspolitik. Human Rights Watch (HRW) sieht deutliche Hinweise auf
102 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der IGH und die UN-
103 Generalversammlung haben wiederholt klargestellt, dass alle israelischen
104 Siedlungen im besetzten Gebiet – einschließlich Ostjerusalems –
105 völkerrechtswidrig sind, gegen die Vierte Genfer Konvention verstoßen und
106 vollständig geräumt werden müssen.

107 Einschätzung zum Völkermordvorwurf

108 Berichte von UN-Gremien, Amnesty International, Human Rights Watch und anderen
109 Organisationen weisen auf genozidale Merkmale im Vorgehen gegen Gaza hin:
110 systematische Tötung, massive Vertreibungen, gezielte Vernichtung der zivilen
111 Infrastruktur, bewusste Erzeugung von Hunger und Krankheit sowie die
112 Verhinderung humanitärer Hilfe. Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat
113 wiederholt festgestellt, dass eine reale und unmittelbare Gefahr für die
114 Existenz der palästinensischen Bevölkerung in Gaza besteht.

115 Als GRÜNE JUGEND Hamburg sehen wir zentrale Kriterien der UN-
116 Völkermordkonvention als erfüllt an. Wir sind jedoch nicht die Instanz, ein
117 abschließendes rechtliches Urteil zu fällen – dafür gibt es den IGH. Wir fordern
118 die vollständige Umsetzung seiner Entscheidungen und nehmen seine laufenden
119 Verfahren mit größtem Ernst.

120 Israelische Geiseln und palästinensische Gefangene – Menschenwürde ist
121 unverhandelbar

122 Die Hamas hat am 7. Oktober 2023 über 200 Menschen als Geiseln verschleppt –
123 Kinder, Alte, Familien. Wir verurteilen diese Entführungen auf das Schärfste:
124 Sie sind ein schweres Verbrechen gegen unschuldige Menschen und stellen eine
125 schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts dar. Die Geiseln wurden als
126 Druckmittel missbraucht, unter traumatischen Bedingungen festgehalten und viele
127 von ihnen über Monate in völliger Isolation und in ständiger Bedrohung ihres
128 Lebens gehalten.

129 Dass nun alle Geiseln freigekommen sind, ist eine Erleichterung – doch keine
130 Rückkehr zur Normalität. Die Freigelassenen tragen die Spuren monatelanger
131 Geiselhaft, psychischer Zermürbung, körperlicher Misshandlung und traumatischer
132 Erlebnisse, die sie ihr Leben lang begleiten werden. Unsere Solidarität gilt
133 ihnen und ihren Angehörigen, die viele Monate in Ungewissheit um das Leben ihrer
134 Liebsten gebangt haben. Unser tiefstes Mitgefühl gilt den Familien der Geiseln,
135 die nicht mehr lebend zurückgekehrt sind. Ihr Tod ist ein unermesslicher
136 Verlust, für den die Hamas die volle Verantwortung trägt.

137 Das unbestreitbare Leid der israelischen Geiseln rechtfertigt in keiner Weise
138 die Misshandlung palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen – und
139 umgekehrt. Leid ist nicht aufrechenbar. Internationale Organisationen wie
140 Amnesty International, Human Rights Watch und Medico International dokumentieren
141 überzeugend, dass palästinensische Häftlinge systematischer Misshandlung, Folter
142 und willkürlicher Inhaftierung ausgesetzt sind. Diese systematischen
143 Menschenrechtsverletzungen widersprechen grundlegenden Prinzipien von
144 Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und humanitärem Völkerrecht und müssen von
145 der internationalen Gemeinschaft klar benannt, geächtet und beendet werden.

146 Ablehnung von Fremdherrschaft über Gaza

147 Nur Palästinenser*innen sollten über die Zukunft Gazas und Palästinas
148 entscheiden. Als GRÜNE JUGEND stehen wir für das Selbstbestimmungsrecht der
149 Palästinenser*innen ein. Den sogenannten „Trump-Plan“, der als „Friedensplan“
150 für Westasien präsentiert wurde, lehnen wir entschieden ab. In seinem Kern ist
151 er kein Plan für Frieden, sondern ein Versuch, die Realität der Besatzung und
152 des Kolonialismus zu festigen und international salonfähig zu machen.

153 Wir lehnen ebenso den im Januar 2026 in Davos gegründeten „Friedensrat“ (Board
154 of Peace) entschieden ab, da er unseren Prinzipien von Gerechtigkeit,
155 Souveränität und demokratischer Ordnung fundamental widerspricht. Ein solcher
156 Rat würde in Gaza eine de facto neokoloniale Verwaltung etablieren: Er
157 entmündigt die lokale Bevölkerung, indem ihre politische Selbstbestimmung durch
158 die willkürliche Herrschaft eines intransparenten Gremiums externer Akteure und
159 teils autoritärer Staatsoberhäupter ersetzt wird. Die Bedingung von
160 Milliardenzahlungen für eine dauerhafte Mitgliedschaft degradiert
161 Friedenspolitik zu einem käuflichen Gut. Zudem ist der Rat als Konkurrenzprojekt
162 zu den Vereinten Nationen konzipiert und untergräbt damit mühsam erkämpfte
163 völkerrechtliche Standards. Eine Institution, die globale Konfliktlösung
164 beansprucht, während sie die Rechte der Betroffenen ignoriert, kann keine Basis
165 für einen gerechten und dauerhaften Frieden bilden.

166 Entschieden gegen Antisemitismus

167 Als GRÜNE JUGEND Hamburg treten wir entschieden gegen Antisemitismus in jeder
168 Form ein. Antisemitismus ist und bleibt ein tödliches, historisch gewachsenes
169 Unterdrückungssystem, das niemals relativiert werden darf. Antisemitismus
170 manifestiert sich in vielen Formen: als Weltbild, in dem Jüdinnen*Juden – im
171 antisemitischen Narrativ – zu „Strippenziehern“ der Welt gemacht werden, als
172 verschwörungsideologischer Antisemitismus, als israelbezogener Antisemitismus
173 und als Shoaverharmlosung.

174 Ein klares Verständnis von Zionismus ist die Voraussetzung dafür, die Debatte um
175 Zionismuskritik sachlich und differenziert zu führen. Im Kern beschreibt
176 Zionismus die nationale Bewegung des jüdischen Volkes, die das Ziel verfolgt,
177 die Selbstbestimmung und Souveränität in einem eigenen Staat im historischen
178 Heimatland Israel zu verwirklichen. Er ist damit eine Antwort auf die globale
179 Geschichte der Verfolgung und die völkerrechtliche Anerkennung des
180 Selbstbestimmungsrechts der Völker.

181 Davon ausgehend ist festzuhalten, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem
182 Staat Israel, wie bei jeder anderen Nation, grundsätzlich legitim ist.
183 Zionismuskritik, die sich auf die konkrete Regierungsführung, Siedlungspolitik
184 oder das Eintreten für palästinensische Rechte konzentriert, ist Teil des
185 demokratischen Diskurses. Auch ideologische Einwände gegen das Konzept von
186 Nationalstaaten sind als politische Position zu respektieren, solange sie
187 universell angewandt werden.

188 Die Grenze zum antisemitischen Antizionismus ist jedoch dort erreicht, wo die
189 Kritik an Israel als Projektionsfläche für jüdenfeindliche Ressentiments dient.
190 Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Israel durch die Anwendung von
191 Doppelstandards das Existenzrecht abgesprochen wird, das anderen Nationen
192 selbstverständlich zugestanden wird. Antisemitisch ist Antizionismus zudem dann,
193 wenn er mit Dämonisierungen arbeitet, die historische Verbindung des jüdischen
194 Volkes zur Region leugnet oder Jüdinnen*Juden weltweit kollektiv für die
195 Handlungen des Staates Israel verantwortlich macht. Unser Ziel ist ein Diskurs,
196 der politische Kritik ermöglicht, ohne dabei die Sicherheit und Würde jüdischen
197 Lebens in Frage zu stellen.

198 Der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland ist für uns nicht verhandelbar – in
199 unserer Gesellschaft, in unseren Institutionen und in unserem Verband. Wir
200 fordern, dass jüdische Menschen in Deutschland sicher leben, ihre Religion und
201 Kultur frei ausüben und ohne Angst am öffentlichen Leben teilhaben können.
202 Antisemitische Übergriffe, Bedrohungen und Diskriminierung müssen konsequent
203 verfolgt und geächtet werden.

204 Solidarität darf niemals Ausdruck oder Deckmantel für Hass, Gewalt,
205 Antisemitismus oder Rassismus sein. Wir verurteilen Versammlungen, Aussagen und
206 Texte, die radikal-fundamentalistischen Islamismus verherrlichen, zu Gewalt
207 aufrufen oder antisemitische Vorurteile bedienen.

208 Gegen die Kriminalisierung palästinasolidarischer Bewegungen

209 In Deutschland sehen wir eine alarmierende Kriminalisierung
210 palästinasolidarischer Bewegungen. Demonstrationen werden verboten, Menschen aus
211 migrantischen und muslimischen Communities werden unverhältnismäßig
212 kontrolliert, mit Polizei- und Gewaltmaßnahmen konfrontiert oder abgeschoben,
213 nur weil sie ihre Stimme gegen Krieg, Besatzung und Vertreibung erheben. Pro-

214 palästinensische Demonstrierende dürfen nicht pauschal Opfer polizeilicher
215 Repressionen werden. Meinungsfreiheit endet jedoch dort, wo Antisemitismus
216 beginnt.

217 Bildungsarbeit und Verbandsarbeit

218 Bildungsarbeit zum Westasienkonflikt muss ein Schwerpunkt unserer Verbandspraxis
219 sein – zu Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und struktureller
220 Diskriminierung. Ziel ist es, legitime Kritik an der israelischen Regierung zu
221 ermöglichen, ohne antisemitische Narrative zu bedienen, und über den Terror der
222 Hamas aufzuklären, ohne antimuslimische Stereotype zu reproduzieren.

223 Die GRÜNE JUGEND Hamburg muss ein safer space sein, in dem sich jüdische,
224 muslimische und migrantisierte Menschen sicher fühlen. Dafür braucht es
225 antisemitismus- und rassismussensible Weiterbildung von Awarenesspersonen und
226 Vorständen – unter Einbeziehung der Betroffenen, deren Perspektiven gehört und
227 ernst genommen werden müssen.

228 Unsere Forderungen

229 Als GRÜNE JUGEND Hamburg setzen wir uns für eine Welt ohne Krieg, Leid und
230 Vertreibung ein. Aus unserer Vision von einem gerechten Frieden leiten sich
231 folgende Forderungen ab:

- 232 • Das Sterben muss aufhören. Der Waffenstillstand muss von allen Seiten
233 eingehalten werden.
- 234 • Der ungehinderte, bedarfsgerechte und transparente Zugang zu humanitärer
235 Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza muss gewährleistet werden.
- 236 • Das Ende der Siedler*innengewalt und der Besatzung der Occupied
237 Palestinian Territories (OPT).
- 238 • Förderung israelisch-palästinensischer Friedensinitiativen aus der
239 Zivilgesellschaft. Wir solidarisieren uns mit den zivilgesellschaftlichen
240 Protesten gegen die rechtsextreme Regierung in Israel sowie gegen die
241 islamistische Hamas.
- 242 • Anerkennung und Einhaltung der Entscheidungen des IGH und des IStGH,
243 einschließlich der Haftbefehle gegen Netanjahu und Galant.

244 Abschluss

245 Wir stehen auf der Seite aller Leidtragenden in Westasien. Wir setzen uns für
246 eine Politik ein, die marginalisierte Stimmen stärkt und globale Gerechtigkeit
247 sucht, ohne Hierarchien des Leids. Dieser Beschluss steht am Anfang eines
248 Aufarbeitungsprozesses innerhalb des Verbandes und in den Landesverband und die
249 Partei hinein.

Begründung

erfolgt mündlich